

Publikationsserver des Leibniz-Zentrums für
Zeithistorische Forschung Potsdam e.V.

Archiv-Version



Leibniz-Zentrum für
Zeithistorische
Forschung Potsdam

Christine Schoenmakers

SCHWIERIGE ANNÄHERUNG

Der Umgang mit dem Erbe der DDR in Berlins Stadtmitte (1989/90-2020)

DOI: 10.14765/zzf.dok-2547

Christine Schoenmakers, Schwierige Annäherung. Der Umgang mit dem Erbe der DDR in Berlins Stadtmitte (1989/90-2020), Archiv-Version des ursprünglich auf dem Portal Zeitgeschichte | online am 03.10.2019 erschienenen Beitrags: <https://zeitgeschichte-online.de/themen/schwierige-annaeherung>

Dieser Text ist Teil des Dossiers „Wenn die Vergangenheit zur Ressource wird. Urban heritage in Berlin und Breslau“, Hg. Christine Schoenmakers und Jana Stoklasa. Veröffentlicht auf Zeitgeschichte | online seit dem 03.10.2019. URL: <https://zeitgeschichte-online.de/themen/wenn-die-vergangenheit-zur-ressource-wird>

zeitgeschichte | online

Copyright © 2023 Clio-online – Historisches Fachinformationssystem e.V. und Autor/in, alle Rechte vorbehalten. Dieses Werk ist zum Download und zur Vervielfältigung für nicht-kommerzielle Zwecke freigegeben. Es darf jedoch nur erneut veröffentlicht werden, sofern die Einwilligung der o.g. Rechteinhaber vorliegt. Dies betrifft auch die Übersetzungsrechte. Bitte kontaktieren Sie: <redaktion@zeitgeschichte-digital.de>. Für die Neuveröffentlichung von Bild-, Ton- und Filmmaterial, das in den Beiträgen enthalten ist, sind die dort jeweils genannten Lizenzbedingungen bzw. Rechteinhaber zu beachten.

Schwierige Annäherung

Der Umgang mit dem Erbe der DDR in Berlins Stadtmitte (1989/90-2020)

Christine Schoenmakers, 03. Oktober 2019

Im Jahr 2020 soll nach aktuellem Zeitplan das Humboldt Forum eröffnen – sollten bis dahin alle technischen Probleme gelöst sein. Damit würde nach über sechs Jahren Bauzeit das rekonstruierte Berliner Schloss der Öffentlichkeit übergeben. Mit der (teilweise) wiederhergestellten Hohenzollernresidenz kehrte dann nicht nur eines der markantesten Bauwerke in die historische Stadtmitte zurück. Im 30. Jahr der deutschen Einheit erhielt Berlin endlich jenes lang ersehnte Symbol, das die „neue“ Bundesrepublik und ihre Hauptstadt für alle Welt sichtbar an preußische Traditionen rückbinden soll: die der Aufklärung, der Toleranz und des Humanismus. Mit diesem Brückenschlag zum „anderen“ – besseren – Preußen hätte die Suche nach einer vom 20. Jahrhundert möglichst unbelasteten, Identität stiftenden Meistererzählung im Zeitalter „post-murum“ ihr (vorläufiges) Ende gefunden.



Nationales Großprojekt und Identitätssymbol: das im Bau befindliche Berliner Schloss, August 2019. Wenn alles nach Plan läuft, soll 2020 das Humboldt Forum in den historisierenden Neubau einziehen. (Foto: C. Schoenmakers)

Doch die Rückkehr zum Schloss war alles andere als gradlinig. Und sie erscheint auf den ersten Blick paradox für eine Stadt, die sich seit der Aufklärung dafür rühmte, die Verbindungen zur Vergangenheit immer wieder radikal abgebrochen und sich stetig neu erfunden zu haben – wohl auch aus der Not heraus, im Gegensatz zu anderen europäischen Städten kein allzu tiefes historisches Fundament zu besitzen. Aber Tradition hatte im 19. Jahrhundert ohnehin einen schlechten Ruf als Hemmschuh auf dem Weg Berlins zur „rastlos aufstrebenden Weltstadt“.[1] Im 20. Jahrhundert trugen dann die schnelle Abfolge der politischen Systeme, zwei Weltkriege und der seit den 1950er Jahren in beiden Stadthälften unter ideologischem Vorzeichen einsetzende moderne Städtebau ihr Übriges dazu bei, dass mit den Überresten vergangener Zeiten lange nicht gerade zimperlich umgegangen wurde.

Identität durch Rekonstruktion: der Berliner Schlossplatz als Fenster der Nation

Das plötzliche Interesse an der (preußischen) Geschichte kommt in Berlin ab 1989/90 allerdings nicht von ungefähr: Zum einen haben sich jahrzehntelang bewährte Abgrenzungen und politisch codierte Identifikationen mit dem Ende des Kalten Kriegs abgenutzt. Zum anderen ist die Hinwendung zur Vergangenheit Ausdruck eines seit den 1970er Jahren global geäußerten Unbehagens an der Moderne, insbesondere am als unsozial empfundenen modernen Städtebau. Die Forderung nach lebenswerten (Innen-)Städten geht auch in Berlin einher mit einer Renaissance der Altstadt und einer Aufwertung historischer Bausubstanz. Mehr noch: Unter dem Normierungsdruck der Globalisierung wird (Stadt-)Geschichte zunehmend zur Ressource, um im internationalen Wettstreit um Fachkräfte, Unternehmen und Tourist*innen zu bestehen.

Berlin ist dabei speziell, vor allem, weil die durch das 20. Jahrhundert enorm gezeichnete Stadt seit 1991 – wieder – Hauptstadt ist. Es geht hier also um viel mehr als um ein städtebauliches Alleinstellungsmerkmal oder eine Charakterdiskussion. Am Schlossplatz als symbolischer Staatsmitte wird nichts weniger als die zeitgemäße Neuverortung der deutschen Nation im 21. Jahrhundert verhandelt. Die dominante Lesart spannt dabei einen weiten Bogen konstruierter historischer Kontinuität, in der die Friedliche Revolution und die deutsche Einheit als Schlusssteine eines mit den Idealen der (preußischen) Aufklärung ihren Anfang genommenen Freiheitsstrebens erscheinen. Und aus der Einheit in Freiheit resultiert

– so die Botschaft – das „beste Deutschland, das es je gab: liberal, demokratisch, krisenfest und stabil.“[2]



1989 als Schlussstein deutschen Freiheitsstrebens seit 1848: Kunstinstallation am Brandenburger Tor zum Tag der Deutschen Einheit 2018. Der Wahlspruch „Freedom“ (Freiheit) ist gleichsam zentraler Begriff der aktuellen Hauptstadtmarketingkampagne des Senats. (Foto: C. Schoenmakers)

Ressource und soziale Praxis: Kulturelles Erbe ist Verhandlungssache

Schon immer haben Herrschende bzw. politische Entscheidungsträger*innen Zeugnisse der Vergangenheit als Beweis für die Richtigkeit einer bestimmten historischen Erfahrung und zur Legitimierung nationaler Interessen herangezogen. Indem Fragmente der Geschichte für einen gegenwärtigen Zweck oder anhand zeitgenössischer Bedürfnisse hin ausgewählt werden, entsteht kulturelles Erbe. Im Gegensatz zum normativen und statischen ‚Kulturerbe‘-Begriff der UNESCO[3] unterstreicht diese Perspektive, dass kulturelles Erbe nicht per se existiert, sondern Resultat ist von Auswahl- und Aushandlungsprozessen. Es geht dabei um die Verständigung darüber, welchen Aspekten der Vergangenheit (welche) Bedeutung beigemessen wird. Den Diskurs darüber haben lange Zeit akademische Disziplinen wie die Denkmalpflege oder auch die Kunstgeschichte geprägt. Seit den 1970er Jahren bestimmen aber immer mehr Akteur*innen darüber mit, wie sich eine Gesellschaft die Vergangenheit aneignet. Dabei werden herrschende Ansichten und Erzählungen zunehmend infrage gestellt.

Kulturelles Erbe ist daher mehr denn je umstritten. Verschiedene Diskurse, „Lesarten“ der Vergangenheit, ringen um die Deutungshoheit. Denn mit dieser sind in der Regel gesellschaftliche Zugehörigkeiten, Privilegien und Macht verknüpft. In aktuellen Debatten um kulturelles Erbe setzt sich meist eine westlich geprägte und durch (vermeintliche) Expert*innen gestützte Perspektive durch, die Laurajane Smith als „Authorized Heritage Discourse“ (AHD)[4] bezeichnet hat. Der AHD ist ein normativer Diskurs, der Fragmente der Vergangenheit dann als erhaltenswertes ‚Kulturerbe‘ klassifiziert, wenn sie ein gewisses Alter erreicht haben und bestimmten ästhetischen Kriterien (z.B. einer herrschenden Klasse) genügen. Dabei transportiert der AHD Vorstellungen einer homogenen Gesellschaft bzw. Forderungen nach Formierung und Normierung einer sozialen Entität, überwiegend der Nation. Gerade im Verbund mit materiellen historischen Objekten – auch jenen, die nicht (mehr) vorhanden sind – gewinnt der AHD als offizielle Form von Geschichtspolitik an Glaubhaftigkeit. Wie im Fall des Berliner Schlosses.

Symbolpolitik im Übergangsstadium: die „verlorene Mitte“ als (westdeutscher) Sehnsuchtsort

Berlin, Anfang der 1990er Jahre. Der Schlossplatz heißt noch Marx-Engels-Platz, hier soll bald das Herz der frisch vereinten Republik schlagen. Wir betreten einen hochgradig symbolischen Ort staatlicher Repräsentation, gleichsam „politisch vermint[es]“ Gelände.[5] Wo bis 1950 das Stadtschloss (oder besser gesagt: dessen Kriegsrueine) stand, befindet sich seit 1976 der Palast der Republik, futuristisches Schaufenster des Sozialismus, Sitz der DDR-Volkskammer und Ort kultureller Festivitäten aller Art.[6] Umringt wird er von weiteren Regierungsgebäuden der sozialistischen Moderne: unter anderem dem DDR-Außenministerium am Standort der 1961 abgerissenen Schinkelschen Bauakademie sowie dem Staatsratsgebäude nebst eingebautem Original von Portal IV – einziges politisch erwünschtes Überbleibsel des Schlosses und jener vor 1989 als Ursprung der DDR mythisch verklärte Ort der Ausrufung der sozialistischen Republik durch Karl Liebknecht im Jahr 1918. Mehr ideologische Überformung geht nicht.



Symbol der Unterdrückung oder Ort der Weltgewandtheit? Der Palast der Republik ein Jahr nach seiner Fertigstellung. Foto: Istvan, Quelle: [Wikimedia Commons](#). Lizenz: [CC BY-SA 3.0](#).

Entsprechend gerät die Bebauung des Areals nach dem Mauerfall in vielfacher Hinsicht zum Ärgernis, denn sie steht nicht nur der Funktion Berlins als nunmehr gesamtdeutscher Hauptstadt entgegen, sondern kann nicht einmal im Ansatz die an das politische Zentrum der Bundesrepublik Deutschland gestellten ästhetischen und inhaltlichen Ansprüche erfüllen. Schnell ist von der „verlorenen Mitte“, von „Leere“ und „Ödnis“ die Rede. Berlins oberster Stadtplaner Hans Stimmann wertet den Großteil der früheren DDR-Staatsmitte später sogar als „schrille Gegend“, als eine Art Pompeji mit „hektarweise gar nichts“, ab.[7] All das fordert eine stadtplanerische Neugestaltung des Ortes (und dessen politische Umdeutung) geradezu heraus.

Die Trauer über die „verlorene Mitte“ wird bald mit der Forderung vorwiegend westdeutscher Meinungsführer*innen nach Wiederaufbau des Schlosses verbunden. Dabei geht es um mehr als bloße „Stadtreparatur“ als Kritik am Modell der modernen, „autogerechten Stadt“ der 1950er bis 1970er Jahre. Es geht darum, ein politisches Zeichen zu setzen: für das Ende des Kalten Krieges, für die Befreiung der Deutschen von der Geschichte (des 20. Jahrhunderts) und für die nun endlich erfolgende ‚Normalisierung‘ des Landes. Das Schloss, so scheint es, steht für den unbelasteten Neuanfang. Diese Idee findet schnell Unterstützer*innen. Denn sie passt perfekt zur Neuausrichtung der Debatte über die Identität der wieder vereinten Nation in den ersten Jahren nach dem Mauerfall.[8] Das Bedürfnis nach Überwindung der

Teilung gibt den Rahmen vor für die weitere Gestaltung der neuen Staatsmitte und für den Umgang mit den dort vorhandenen DDR-Regierungsbauten.



1994 wird der Marx-Engels-Platz in Schloßplatz umbenannt. Ein Erfolg für die Schlossbefürworter*innen, denn wo ein Schloßplatz ist, ist auch ein Schloss nicht (mehr) weit. Foto: Eborutta, Quelle: [Wikimedia Commons](#). Lizenz: [CC BY-SA 3.0](#).

Abweichende Meinungen und Gegen-Erzählungen, die sich für den Erhalt dieser insbesondere in Hinsicht auf den demokratischen Einigungsprozess „unbequemen“ Relikte und eine kritische Auseinandersetzung mit ihnen aussprechen, werden mit Verweis auf den Unrechtscharakter der als „zweite deutsche Diktatur“ bezeichneten DDR weitestgehend ausgeblendet.[9] Für viele Schlossbefürworter*innen und politische Entscheidungsträger*innen stellt vor allem der Palast der Republik ein bauliches Zeichen eines Irrwegs deutscher Geschichte dar, das als nostalgisches Identifikationssymbol der untergegangenen DDR das weitere, insbesondere mentale Zusammenwachsen von Ost und West behindere. Die weitgehende Gleichsetzung des Gebäudes mit politischer

Unterdrückung und kultureller Eintönigkeit übersieht jedoch, dass eine Mehrheit der Ostdeutschen den Palast der Republik jenseits staatlicher Repräsentationsfunktionen als einen Ort erinnert, an dem man abseits des Alltags schöne Stunden verbringen und eine für die DDR seltene Weltläufigkeit erleben konnte.[10]

Schloss versus Palast: Dimensionen eines Konflikts um das kulturelle Erbe der Bundesrepublik

Der in den 1990er und frühen 2000er Jahren erbittert geführte Konflikt um die baulichen Relikte der DDR in der Stadtmitte als symbolischer Staatsmitte hat zwei wesentliche Dimensionen. Schloss und Palast stehen einerseits für verschiedene Interpretationen der Vergangenheit – insbesondere des 20. Jahrhunderts: Sie sind je unterschiedliche Gradmesser für den Stellenwert, der dem Nationalsozialismus in kollektivem Gedächtnis und Erinnerungskultur weiterhin eingeräumt werden soll. Dabei weist der Palast der Republik als Zeugnis für die deutsche Teilung implizit auch auf deren Ursachen hin: zwölf Jahre NS-Herrschaft, Holocaust und Vernichtungskrieg. Indem also die Rekonstruktion der historischen Stadtmitte die Spuren der Teilung und die kritische Auseinandersetzung damit in die Peripherie verdrängt, wird nicht nur der Genugtuung Ausdruck verliehen, „die DDR überwunden zu haben“, sondern „auch die Erinnerung an den Nationalsozialismus entschärft.“[11]

Die hoch emotional geführten Debatten um den Palast der Republik bzw. das Schloss sind aber nicht nur Symptom für unterschiedliche Zugänge zur Vergangenheit, um Aneignung bzw. Abwehr eines bestimmten, vor allem „belasteten“ Erbes. Sie zeigen auch, dass sich die durch vierzig Jahre Zweistaatlichkeit herausgebildeten unterschiedlichen Erfahrungen, Erinnerungen und Denkweisen von Ost- und Westdeutschen nicht so einfach durch das Auslöschen von historischen Spuren und dem Errichten ‚gesamtdeutscher‘ Identifikationssymbole vereinheitlichen lassen.[12] An der Frage, welches ‚Kulturerbe‘ und welches damit verknüpfte Narrativ die „neue“ Bundesrepublik repräsentieren soll, werden schlussendlich Zugehörigkeiten verhandelt. Mit der, vorwiegend aus westlicher Perspektive geäußerten, radikalen Kritik am Palast der Republik in Verbindung mit einer die Öffentlichkeit dominierenden, normativen Verengung des Lebens in der DDR auf die simple Formel

„Unrechtsstaat“ sehen viele Ostdeutsche nicht zuletzt ihre eigene Biographie in Zweifel gezogen.[13]

Gleichzeitig macht eine Mehrheit von ihnen höchst ambivalente Erfahrungen während der Transformationsphase in den 1990er Jahren, die kaum zu einer gleichberechtigten Teilhabe an der bundesdeutschen Gesellschaft beitragen bzw. in neue Abgrenzungen münden. Der Eindruck, dass bis vor wenigen Jahren über die DDR öffentlich nicht differenziert gesprochen werden konnte, dass Themen wie Alltag und privates Glück in der offiziellen Erinnerung an den ostdeutschen Teilstaat lange keinen Platz hatten, führt zu Abwehr. „Ein Leben, das nicht erzählt werden kann, macht den Menschen krank“, resümiert Karsten Krampitz. Menschen, die nicht sagen könnten (oder dürften), woher sie kämen, hätten grundsätzlich einen eingeschränkten Blick auf die Wirklichkeit. Man dürfe sich daher nicht wundern, wenn heute „der Hass in Ostdeutschland, der Rassismus und der Aufstieg der AfD auch auf die offizielle Geschichtspolitik zurückzuführen“ seien.[14]



(Temporärer) „Wiederaufbau“ des Palastes der Republik im Frühjahr 2019 – mitten in West-Berlin. Die Kunstaktion der Berliner Festspiele soll anregen, die DDR neu zu erzählen: „Es ist der Versuch, eine vornehmlich westdeutsche, ja westeuropäische Geschichtsbetrachtung zu korrigieren, die im demonstrativen Abreißen einer mit Ost-Berlin und der Existenz der DDR verbundenen Traditionslinie ihren Ausdruck fand“, so Intendant Thomas Oberender. (Foto: C. Schoenmakers)

Mut zur Vielfalt: das Humboldt Forum und die Chance der Dekonstruktion

Im Jahre 2002 sind mit dem Votum der Expertenkommission „Historische Mitte Berlin“ die Tage für den Palast der Republik gezählt – wenngleich das Gebäude bis zu seinem Abbruch noch für eine kurze Zeit Raum bietet für alternative Kunst. Mit der erfolgreichen Zwischennutzung lebt der alte Streit um Erhalt oder Abriss wieder auf. Diesmal jedoch als

quasi-„Generationenkonflikt“, weil sich insbesondere viele jüngere Menschen (aus Ost UND West) auf die Seite der Palastunterstützer*innen schlagen. Nun sind es plötzlich die Schlossbefürworter*innen, die als „Ewiggestrige“ gelten – vor allem, was ihre Antworten auf die drängende Frage von angemessener Repräsentanz gesellschaftlicher Diversität im Herzen der bundesdeutschen Hauptstadt anbelangt. „Tatsächlich finden in den Entwürfen für den Schlossplatz geschlechtlich, ethnisch, generationell und sozial differente Lebensweisen und damit verbundene unterschiedliche Ansprüche und Wünsche an Raum wenig Beachtung“, kritisiert Beate Binder die Stadtplaner*innen. „Vielmehr scheint die Vorstellung eines [männlichen, weißen und westlich sozialisierten – C.S.] ‚Normalbürgers‘ leitend, der für das Interesse der ‚Allgemeinheit‘ steht.“[15]

Der Wiederaufbau des Berliner Schlosses ist ein prägnantes Beispiel dafür, wie über die Konstruktion kulturellen Erbes kollektive Identität(en) verhandelt und gesellschaftliche Orientierungsanker geschaffen werden sollen. Dem nun bald in das Schloss einziehenden Humboldt Forum ist zu wünschen, dass es sich konstruktiv und multiperspektivisch mit der Entstehungsgeschichte des Gebäudes und der vergangenen Deutungskämpfe um die Stadtmitte auseinandersetzt. Dabei geht es nicht nur um angemessene Würdigung des Palastes der Republik im Ausstellungskonzept. Vielmehr braucht es eine differenzierte Beurteilung der DDR, die neben der berechtigten Thematisierung des staatlich begangenen Unrechts auch Graubereiche zulässt und anerkennt, dass so etwas wie ein „normales“ Leben in der Diktatur möglich war. Genau hier liegt das unschätzbare Potenzial des Humboldt Forums: Debatten anzustoßen und das Schloss als hochsymbolisches Projekt nationaler Geschichtspolitik im Sinne des „Authorized Heritage Discourses“ zu dekonstruieren.

Literatur

[1] Griebens Reiseführer, Band 6: Berlin und Umgebung. Praktischer Reiseführer, 60. Aufl., Berlin 1920/21, S. 10.

[2] Josef Joffe: [Vom Waisenknaben zum Wunderkind](#), in: Der Tagesspiegel vom 26.8.2018 (letzter Zugriff am 3.10.2019).

[3] Siehe vor allem [Artikel 1 des 1972 in Paris verabschiedeten Übereinkommens zum Schutz des Kultur-und Naturerbes der Welt](#), (letzter Zugriff am 3.10.2019).

[4] Siehe Laurajane Smith: Uses of Heritage, London / New York 2006.

- [5] Rolf Lautenschläger: [In der Berliner Mitte nichts als Tristesse](#), in: Die Tageszeitung vom 27.11.2008, (letzter Zugriff am 3.10.2019).
- [6] Vgl. Stefanie Flamm: Der Palast der Republik, in: Etienne François / Hagen Schulze (Hrsg.): Deutsche Erinnerungsorte, München 2001, S. 402-417, hier S. 403.
- [7] Stefanie Peter: [Stimmanns Wille – die Innenstadt den Wohlhabenden](#), in: Die Welt vom 13.1.2011, (letzter Zugriff am 03.10.2019); Hans Stimmann: [Stadt ohne Mitte – Parteien ohne Plan](#), in: Der Tagesspiegel vom 29.7.2011, (letzter Zugriff am 3.10.2019); [Trotha trifft... Interview mit Hans Stimmann](#), veröffentlicht auf YouTube am 6.11.2015, (letzter Zugriff am 3.10.2019).
- [8] Vgl. Wolf Jobst Siedler: Das Schloss lag nicht in Berlin, Berlin war das Schloss, in: Ders.: Abschied von Preußen, 2. Aufl., Berlin 1992, S. 122-137; Wolfgang Kil: Last Exit to Alexanderplatz, in: Matthias Bernt / Britta Grell / Andrej Holm (Hrsg.): The Berlin Reader. A Compendium on Urban Change and Activism, Bielefeld 2013, S. 47-52, hier S. 47.
- [9] Das Schleifen von Symbolen des Vorgängerregimes und die akribische Aufarbeitung von dessen Verbrechen ist legitimes Mittel, um nachträglicher Verherrlichung oder Relativierung der SED-Diktatur vorzubeugen. Während viele mit ihr verknüpfte Erinnerungsorte verschwinden, bleibt die DDR – zumindest in Teilen – im kollektiven Gedächtnis allgegenwärtig. Wer heute durch Berlin läuft, den machen hunderte Erinnerungszeichen auf das staatliche Unrecht aufmerksam. Das ist gut und wichtig für die Ausprägung eines Demokratiebewusstseins vor der Negativfolie Diktatur. Aber es blendet aus, dass es auch in einem unfreien Staat möglich war, einen „normalen“ Alltag zu leben.
- [10] Vgl. Anna-Inés Hennet: Die Berliner Schlossplatzdebatte – Geschichte einer Identitätssuche, in: Alexander Schug (Hrsg.): Palast der Republik. Politischer Diskurs und private Erinnerung, Berlin 2007, S. 54-66, hier S. 58; Jan Bartknecht: Ein Gespenst ging um in Europa – Der Kommunismus und seine Denkmäler, in: Schug, Palast der Republik, S. 164-178, hier S. 166; Janet Ward: Post-Wall Berlin. Borders, Space and Identity, New York u.a. 2011, S. 202.
- [11] Franziska Augstein: Deutschland, in: Volkhard Knigge / Norbert Frei (Hrsg.): Verbrechen erinnern. Die Auseinandersetzung mit Holocaust und Völkermord, Bonn 2005, S. 241-252, hier S. 249; Nina Brodowski: Geschichts(ab)riss, in: Philipp Misselwitz (Hrsg.): Fun Palace 200X. Der Berliner Schlossplatz: Abriss, Neubau oder grüne Wiese?, Berlin 2005, S. 50-60, hier S. 53.
- [12] Vgl. Dirk Verheyen: United City, Divided Memories? Cold War Legacies in Contemporary Berlin, Lanham / Boulder / New York / Toronto / Plymouth 2008, S. 4.
- [13] Vgl. Flamm, Palast der Republik, S. 405. Dabei konstruieren kollektive Erfahrungen und Erinnerungen eine gemeinsame DDR-Identität, die in der Form so nie erlebt wurde. (Siehe u.a. Stefanie Mürbe: Der Palast der Republik – ein Ort geteilter Erinnerungen?, in Schug, Palast der Republik, S. 108-121, hier S. 116.) An der Schleifung des Palastes der Republik wirken allerdings auch Ostdeutsche mit, insbesondere ehemalige Regimekritiker*innen oder ostdeutsche Bürger*innen, die lange in stiller Opposition gegen das SED-Regime verharret hatten. (Vgl. Moritz Holfelder: Palast der Republik. Aufstieg und Fall eines symbolischen Gebäudes, Berlin 2008, S. 90.)
- [14] Karsten Krampitz: [DDR neu erzählen](#), in: Deutschlandfunk vom 3.10.2018, (letzter Zugriff am 3.10.2019); siehe auch Ilko-Sascha Kowalczyk: [Die Aufarbeitung der Aufarbeitung – Welche Zukunft hat die DDR-Geschichte?](#), in: Deutschland Archiv vom 24.7.2019, (letzter Zugriff am 3.10.2019).
- [15] Beate Binder: Streitfall Stadtmitte. Der Berliner Schlossplatz, Köln u.a. 2009, S. 131-132.

Zitation: Christine Schoenmakers, Schwierige Annäherung. Der Umgang mit dem Erbe der DDR in Berlins Stadtmitte (1989/90-2020), in: Zeitgeschichte-online, 03.10.2019, URL: <https://zeitgeschichte-online.de/themen/schwierige-annaeherung>